

## Wenke Richter

Die *Alma mater lipsiensis* im Dreißigjährigen Krieg  
(1630-1650).

Die Universität als ‚Subjekt‘ und ‚Objekt‘ in einer Krisenzeit

*In was für noth und Beschwerrungen aber nach des feindes anzüge die anwesenden Professoren, [...] was für Concussiones unndt marter aus den wörtliche unndt thätliche anfälle mit pistolen, Degen und anderen armis mann hier ausseben müssen, ist nicht genug zu beschreiben.*<sup>1</sup>

Kurz und prägnant beschreibt dieser Auszug aus dem Schreiben, welches die Universität Leipzig am 18. Dezember 1632 als Bericht über ihren Zustand nach der zweiten kaiserlichen Belagerung und Besetzung Leipzigs an den Landesherrn, den sächsischen Kurfürsten Johann Georg I., sandte, beispielhaft die Situation, in der sich die *Alma mater* zwischen 1630 und 1650, als der Dreißigjährige Krieg Kursachsen heimsuchte, befand. In diesen zwanzig Kriegsjahren wurde Leipzig und somit auch die Universität von zwei verschiedenen gegnerischen Parteien (der Kaiserlichen bzw. der Schwedischen) insgesamt fünfmal belagert. Viermal gelang es dem Feind, die Stadt mit einem Akkord einzunehmen. Aufgrund ihrer Exemption von der städtischen Rechtsverwaltung, die sich durch ihren Charakter als *privilegierte und partiell autonome, nach Fakultäten gegliederte Korporation mit begrenzter Selbstverwaltung und Gerichtsbarkeit sowie mit eigenen Graduierungsrechten*<sup>2</sup> begründete, war es für die *Alma mater Lipsiensis* existentiell notwendig, sich an den Übergabeverhandlungen zu beteiligen. Nur so konnte sie ihre eigenen Interessen gegenüber der gegnerischen Kriegspartei sowie gegenüber den

---

<sup>1</sup> UA Leipzig, Rektor B 15: Liber Academiae Lipsiensis, Liber actorum 1631-1639, fol. 51v-52v. Dieser Beitrag ist eine Zusammenfassung eines Teils meiner 2005 verfassten Magisterarbeit „Die Universität Leipzig im Dreißigjährigen Krieg. Studien zum Funktionieren der Hohen Schule in einer Krisenzeit“. Sie wird zurzeit zu einer Dissertation mit dem Arbeitstitel „Zwischen Krieg und Frieden. Eine Matrikelanalyse der mitteldeutschen Universitäten in Leipzig, Wittenberg, Jena und Erfurt“ ausgebaut.

<sup>2</sup> Peter Baumgart, Die deutschen Universitäten im Zeichen des Konfessionalismus, in: Alexander Patschovsky, Horst Rabe (Hrsg.), Die Universität in Alteuropa, Konstanz 1994, S. 147-168, hier S. 149.

vier anderen Entscheidungsträgern in der Stadt Leipzig – dem Festungskommandanten der Pleißenburg, dem Stadtkommandanten, dem Magistrat und der Bürgerdeputation – vertreten. Überdies hatte sie unter den Bedingungen des Krieges und seiner Folgen wie der Zerstörung der Universitätsstadt, der Verwüstung des Umlandes, dem Ausbruch von mehreren verheerenden Seuchen in Leipzig, der Flucht von Universitätsmitgliedern oder dem Ausbleiben neuer Studenten ihre Aufgabe als eine der beiden höheren kursächsischen Ausbildungsstätten für *die studierende Jugendt* zu erfüllen.<sup>3</sup>

Es ist daher sowohl für die allgemeine als auch für die lokale Universitätshistoriographie von besonderem Interesse, das Handeln und die Entwicklung der *Alma mater Lipsiensis* an den sächsischen ‚Brennpunkten‘ des Dreißigjährigen Krieges, wie sie die Blockaden und Besetzungen Leipzigs darstellen, herauszuarbeiten. Bisher ist dies in der Forschungsliteratur kaum geschehen.<sup>4</sup> Daher stehen eine ausführliche Darstellung der Kriegsergebnisse, die Interessen und Handlungen der Universität sowie ihre Rolle als ‚Subjekt‘ und

---

<sup>3</sup> Willem Frijhoff definiert die gesellschaftlichen Funktionen der Universitäten neben der Förderung der Wissenschaften als die Erziehung von Jugendlichen, die Vermittlung von Allgemeinbildung sowie die Ausbildung für die akademischen Berufe. An ihnen wurden dadurch gesellschaftliche Eliten geformt, deren Entstehung durch die Einübung eines entsprechenden Lebensstils an den Hohen Schulen gefördert wurde. Willem Frijhoff, Grundlagen, in: Walter Rüegg (Hrsg.), *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 2: Von der Reformation zur Französischen Revolution (1500-1800), München 1996, S. 53-102, hier S. 71.

<sup>4</sup> Bisher fehlt eine ausführliche Studie zur Geschichte der Universität Leipzig im 17. Jahrhundert. Folgende Werke beschäftigen sich entweder überblicksartig oder in Teilaspekten mit dieser Epoche: Rektor und Senat (Hrsg.), *Festschrift zur Feier des 500jährigen Bestehens der Universität Leipzig*, 5 Bde, Leipzig 1909; Wilhelm Bruchmüller, *Der Leipziger Student 1409-1909*, Leipzig 1909; ders., *Kleine Chronik der Universität Leipzig von 1409-1914*, Leipzig 1914; Herbert Helbig, *Universität Leipzig*, Frankfurt a. M. 1961; Georg Müller, *Die Visitationen der Universität Leipzig zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges*, in: *Neues Archiv für Sächsische Geschichte* 27 (1906), S. 18-59; Lothar Rathmann (Hrsg.), *Alma mater lipsiensis. Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig*, Leipzig 1984; Detlef Döring, *Das Leben in Leipzig in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges*. Dargestellt anhand der Annalen des Zacharias Schneider, in: *Leipzig aus Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge zur Stadtgeschichte* 3 (1984), S. 150-175. Intensiver mit der Problematik haben sich meine Magisterarbeit und die von Robert Kudraß (*Nach dem Dreißigjährigen Krieg: Die Universität Leipzig zwischen Kontinuität und Neuordnung*, Leipzig 2006) beschäftigt.

„Objekt“ während des Krieges im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen. Beispielhaft wurden dafür die erste, kaiserliche Belagerung von 1631 und die zweite, schwedische von 1642 ausgewählt. Gründe für die Auswahl sind die unterschiedlichen Belagerer aufgrund des politisch bedingten Wechsels der militärischen Koalitionspartner im Prager Frieden, die lange Zeitspanne der Kriegsjahre und damit auch die Belastung durch die Kriegszeit.

*Es ist eine Zeit der Tränen und Not<sup>5</sup>  
Die erste Belagerung der Stadt Leipzig 1631*

Unmittelbar in der kursächsischen Nachbarschaft brach 1618 mit dem Prager Fenstersturz in Böhmen bekanntermaßen der Dreißigjährige Krieg aus. Die räumliche Nähe zum Ausgangsort des Krieges war für die weitere politische Entwicklung des protestantischen Kursachsens bedeutend.<sup>6</sup> Zunächst konnte Kursachsen für das erste Kriegsjahrzehnt mit seiner kaisertreuen Politik eine direkte Auswirkung des Krieges auf das eigene Territorium verhindern.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Friedrich von Schiller, Wallensteins Lager. Achter Auftritt, aus: Friedrich Schiller. Sämtliche Werke, Bd. 2: Dramen 2, hrsg. v. Peter-André Alt, München 2004, S. 292.

<sup>6</sup> Eine umfassende Studie zu Kursachsen im Dreißigjährigen Krieg ist ein dringendes Forschungsdesiderat. Erste Einblicke zur sächsischen Politik am Vorabend und während des Dreißigjährigen Krieges bieten Axel Gotthard, „Politice seint wir bapstisch“. Kursachsen und der deutsche Protestantismus im frühen 17. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Historische Forschung 20 (1993), S. 275-319; Karlheinz Blaschke, Sachsen im Dreißigjährigen Krieg, in: Sächsische Heimatblätter 6 (1995), S. 329-333; vor allem aber Frank Müller, Kursachsen und der Böhmisches Aufstand 1618-1622, Münster 1997. Zu Leipzig im Dreißigjährigen Krieg vgl. Elke Schlenkrich, „Tränen des Vaterlandes“ – Leipzig in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges, in: Sachsen im Dreißigjährigen Krieg, Dresden 1998, S. 37-44.

<sup>7</sup> Um eine fürstliche Schutzmacht bemüht, boten die böhmischen Stände trotz der bekannten Nähe Kursachsens zum Kaiser seinem Kurfürsten Johann Georg I. als einem der mächtigsten Fürsten des Reiches die Wenzelskrone an. In konsequenter Fortführung der kaisertreuen Dresdner Politik des letzten Jahrzehnts lehnte Johann Georg I. die angebotene Krone ab. Die Wahl des calvinistischen Pfälzer Kurfürsten zum böhmischen König förderte in Dresden die Neutralitätspolitik, wenn nicht sogar den Anschluss an Kaiser Ferdinand. Rudolf Kötzschke, Hellmut Kretzschmar, Sächsische Geschichte. Werden und Wandlungen eines Deutschen Stammes und seiner Heimat im Rahmen der Deutschen Geschichte, 2 Bde, Dresden 1935, ND Augsburg 1995, S. 243 f.

Im Gegenteil sogar, es profitierte mit dem territorialen Zugewinn der beiden Lausitzen nicht unbedeutend vom Böhmischem Aufstand. Der erfolgreiche Verlauf des Niedersächsisch-Dänischen Krieges unter den kaiserlichen Generälen Tilly und Wallenstein in Norddeutschland ermöglichte Kaiser Ferdinand II. 1629 den eigenmächtigen Erlass eines Restitutionsediktes, mit dem die seit dem Passauer Vertrag von 1552 säkularisierten Kirchengüter in den protestantischen Territorien zurückgefordert wurden. Dieses Edikt bedrohte nun natürlich auch kursächsischen Besitz, nämlich die säkularisierten Bistümer in Naumburg, Merseburg und Meißen, die zwar nicht formell Bestandteile Kursachsens waren, aber von Dresden als solche angesehen wurden. Infolgedessen kam es zu einer allmählichen Abkehr des sächsischen Kurfürsten Johann Georg I. von der Politik des Habsburgers. Auf dem Regensburger Kurfürstentag im Juli 1630 protestierte er gegen das Edikt. Ein halbes Jahr später, im Frühjahr 1631, versuchte er auf dem von ihm einberufenen Leipziger Konvent mit einer Einigung der protestantischen Reichsstände und einer bewaffneten Neutralität gegenüber dem Kaiser einen dritten Weg einzuschlagen.<sup>8</sup> Dieser halbherzig geführte Versuch, den Krieg zu beenden, scheiterte letztlich. Den endgültigen Schritt in der Abkehr vom Kaiser stellte das sächsisch-schwedische Bündnis dar, das im Herbst 1631 zwischen Kurfürst Johann Georg I. und dem schwedischen König Gustav II. Adolf im Vertrag von Coswig /Anhalt eingegangen wurde. Als neuer Feind des Kaisers wurde Kursachsen nun von der ligistischen Partei militärisch heimgesucht. Nach mehr als zwölf innenpolitischen Friedensjahren wurde es in den nächsten zwanzig Jahren zu einem weiteren Kriegsschauplatz in diesem Großen Krieg.

Noch während der Koalitionsverhandlungen mit den Schweden wurde für das sächsische Territorium die Kriegsgefahr erstmals konkret. Der kaiserliche Feldherr Tilly wandte sich, nachdem er im Mai 1631 Magdeburg hatte plündern und zerstören lassen, Ende August gegen die südlich gelegene, wohlhabende Messestadt. In Leipzig war man nicht ganz unvorbereitet auf diesen Feldzug gewesen: Nach dem Leipziger Konvent wurden im Frühling und Sommer 1631 bereits verschiedene sächsische Defensionswerke

---

<sup>8</sup> Ebd., S. 246.

gemustert, Militär geworben und in Leipzig einquartiert.<sup>9</sup> Im August wurde vor dem Hallischen Tor das evangelisch-sächsische Feldlager aufgebaut, um der kaiserlich-ligistischen Armee besser begegnen zu können. In der Stadt wurden Betstunden wegen der Kriegsgefahr durch den kaiserlichen General Graf Tilly angeordnet.<sup>10</sup>

Währenddessen wandte sich Tilly nach der Einnahme von Halle brandschatzend und plündernd über Merseburg, welches er nach Bedrohungen mit einem Akkord eingenommen hatte, Naumburg, Zeitz, Weißenfels, Pegau, Borna und einigen anderen sächsischen Städten, Flecken und Dörfern zu. Diese Nachricht verursachte in Leipzig großen Schrecken: Ratsherren und wohlhabende Bürger flüchteten mit ihren Angehörigen und einem Teil ihres Besitzes und Vermögens nach Dresden oder in andere sichere Orte, ebenso auch etliche Universitätsangehörige, so dass nur wenige Professoren und Studenten in der Stadt verblieben. Die Bewohner der Vorstädte und des Umlandes hingegen suchten mit ihren *besten Sachen, so sie in aller Eyl fortbringen können* Schutz in Leipzig.<sup>11</sup> Als am 25. August Tillys Truppen Leipzig erstmals streiften, wurden die Stadttore gesperrt und die ganze Bürgerschaft aufgeboten. Unter dieser greifbaren Bedrohung erging einen Tag später sofort ein Schreiben der Universität an den Kurfürsten, in dem sie ihre Befürchtung vor einem Angriff Tillys gegen die Stadt und die Sorge um die äußerste Gefahr für sich selbst und ihre Angehörigen äußerte. Zudem fragte sie nach Verhaltensregeln und Schutzmaßnahmen.<sup>12</sup> Die weiteren, sich überschlagenden Ereignisse der folgenden Woche erübrigten schließlich eine kurfürstliche Resolution. Am Morgen des 29. August sandte Graf Tilly den Quartiermeister Lorenz München von Steinach mit der Forderung von täglich 80.000 Pfund Brot für die Versorgung der kaiserlichen Armee nach Leipzig, bei abschlägiger Antwort drohte er der Messestadt mit dem Schicksal Magdeburgs.

---

<sup>9</sup> Johann Jacob Vogel, *Leipzigisches Geschicht=Buch oder Annales, das ist Jahr= und Tage-Bücher der Weltberühmten König[lichen] und Churfürstlichen Sächsischen Kauff= und Handels=Stadt Leipzig*, Leipzig 1714, S. 434-445.

<sup>10</sup> Ebd., S. 444.

<sup>11</sup> UA Leipzig, Rep.: II/XIII 003: Acta die Übertragung der Stadt Leipzig 1631 und daß gewilligte churfürstliche Praesentgeld betreffend, fol. 43r, v.

<sup>12</sup> UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 1r.

Der Leipziger Rat antwortete mit dem Hinweis fehlender Entscheidungskompetenz sowie mangelnder kurfürstlicher Resolution ausweichend. Als Reaktion auf diese hinhaltende Antwort ließ Tilly seine Truppen bis vor die Stadttore in den Vorstädten aufstellen und die umliegenden Dörfer plündern.<sup>13</sup> Zur gleichen Zeit kamen in Leipzig die zwei kurfürstliche Kommissare – Graf Philipp Ernst von Mansfeld und Hans von Ponickau – an, die sich vom Festungskommandanten der Pleißenburg, Hauptmann Vopelius, über den Zustand der Stadt berichten ließen. Daraufhin kehrten sie zur Unterrichtung und Erlangung einer Resolution zum Kurfürsten zurück, gedachten aber am folgenden Tag mit einem Befehl wiederzukommen.<sup>14</sup> Im gleichen Augenblick wandte sich die Universität mit dem Hinweis einer angeblichen kurfürstlichen Resolution an den Leipziger Rat, um mit ihm das weitere Vorgehen abzusprechen.<sup>15</sup> Als Abgeordnete wurden Doktor Bartholomäus Göllnitz, Doktor Johann Heintz und Philipp Müller bestimmt.<sup>16</sup> Einen Tag später drohte Tilly der Stadt abermals. Diesmal forderte er nicht nur die Proviantierung der kaiserlichen Armee, sondern obendrein auch die Einquartierung derselben. Wiederum gab der Rat mit Verweis auf die fehlende kurfürstliche Resolution eine abschlägige Antwort. Daraufhin ließ Tilly am 3. September sein gesamtes Heer

---

<sup>13</sup> Vogel, *Leipzigerisches Geschichtsbuch* (Anm. 8), S. 447. Nicht nur der Rat von Leipzig erwähnte in seinem Bericht diese Drohung Tillys, sondern auch die Universität nannte sie in ihrer Darstellung. UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 35v, 48v, 49r. Vgl. dazu auch Döring, *Leben in Leipzig in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges* (Anm. 4), S. 158. Zu Magdeburg und seinem Schicksal vgl. pars pro toto Mathias Tullner, *Das Trauma Magdeburg – Die Elbestadt im Dreißigjährigen Krieg*, in: „... gantz verheeret!“ – Magdeburg und der Dreißigjährige Krieg. Beiträge zur Stadtgeschichte und Katalog zur Ausstellung des Kulturhistorischen Museums Magdeburg im Kunstmuseum Kloster Unser Lieben Frauen, Halle 1988, S. 13-24.

<sup>14</sup> UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 44r, v.

<sup>15</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Universität Leipzig aus Dresden auf ihre Bitte um eine kurfürstliche Resolution noch keine Antwort erhalten.

<sup>16</sup> UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 35r, v. Dr. Johann Heintz, Doktor der Medizin, stammte aus Joachimsthal, war Professor pathologicus, medizinischer Assessor und Mitglied des Großen Kollegs. Jeweils im Wintersemester 1626/27, 1634/35 und 1638/39 war er Rektor der *Alma mater Lipsiensis*. 1643 verstarb er. E. G. Gersdorf, *Beitrag zur Geschichte der Universität Leipzig. Die Rectoren der Universität Leipzig nebst summarischer Übersicht der Inscriptionen vom Jahre der Gründung bis zur Gegenwart*, Leipzig 1869, S. 46.

(40.000 Mann zu Fuß und zu Ross) vor die Stadt stellen, verwüstete die Vorstädte und machte die Umgebung durch Plünderungszüge unsicher. Dies zeigte Wirkung. Um größeren Schaden für die Stadt abwenden zu können, versuchte sich der Rat mit Unterstützung der Universitätsdeputierten noch am gleichen Tag eigenständig mit Tilly gütlich zu einigen. In den Verhandlungen drängten die Abgeordneten der Hohen Schule zum Schutz ihrer Privilegien und Rechte auf die für sie so wichtige *Salvia guardia*, die ihnen schließlich auch gewährt wurde.<sup>17</sup>

Dieses selbständige Vorgehen des Rates und der Universität war aber durchaus problematisch, denn die Entscheidung über einen Akkord mit Tilly oblag letztlich dem Stadtkommandanten Hans von der Pfordten. Trotz mehrfacher Bitten des Rates und der Hochschule entschloss er sich allerdings in der Hoffnung auf einen angeblich zu erwartenden Entsatz zum Kampf gegen die kaiserliche Armee.<sup>18</sup> Die Stadt und die Universität hatten also einen schon ausgehandelten, aber nicht ratifizierten Akkord mit Tilly und mussten nun den Folgen aus der Entscheidung des Stadtkommandanten mit offenem Auge entgegensehen! Noch am selben Tag erlitt Leipzig einen schweren Beschuss durch die kaiserliche Armee.<sup>19</sup> Am nächsten Morgen wiederholte sich das Spiel – wieder schickte Tilly einen Abgesandten mit der Aufforderung einer schnellen Übergabe nach Leipzig; der Magistrat und die Universität nahmen erneut die Verhandlungen auf, baten diesmal aber in der Hoffnung auf die Ankunft des erwarteten kursächsischen Entsatzes um eine Verlängerung der Bedenkfrist, die von den Belagerten abgelehnt wurde. Daraufhin ließ Tilly unter schwerem Beschuss der Stadt ein Exempel statuieren, indem er die von den Belagerten einzusehenden Gebäude des Georgenhospitals, der Nonnenmühle und der beiden Wasserkünste abbrennen ließ. Am Morgen des 5. Septembers erfuhr das Ganze noch eine Steigerung. Diesmal drohte Tilly mit den Worten, wenn man die Stadt mit einem gütlichen Akkord nicht *in continenti* aufgeben würde, sondern es *auff das eusserste, und zum Sturm würde kommen lassen, wollte er mit ihr*

---

<sup>17</sup> UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 36r.

<sup>18</sup> Ebd., fol. 45r-47r.

<sup>19</sup> Ebd., fol. 47r, v.

*Die Alma mater lipsiensis im Dreißigjährigen Krieg*

*ärger, als mit dem elenden Magdeburg, und dero verderbten Inwohnern umgeben, daß nicht ein einiger Mensch vom Feuer und Schwert sollte verschonet und übrig bleiben.*<sup>20</sup>

Zur Untermauerung seiner Absicht ordnete er an, die Tuchberei-  
tere am Rosenthal einzunehmen und dort zwei große Geschütze  
aufzustellen. Der Ernst der Lage nahm für die Belagerten zu, vor  
allem da eine unmittelbare Ankunft des Entsatzheeres noch immer  
nicht in Sicht war. Aus diesen Gründen beratschlagten sich diesmal  
alle vier Entscheidungsträger<sup>21</sup> der Stadt über eine Aufgabe Leip-  
zigs bzw. eine Übergabe mit einem Akkord an die kaiserliche  
Armee. Schnell wurde man sich einig, Leipzig an Tilly unter folgen-  
der Bedingung zu übergeben:

- Abzug des Stadtkommandanten mit seiner Armee
- die Universität, Stadt und Bürgerschaft nur soweit mit  
kaiserlichem Volk zu belegen, wie zur Verwahrung der  
Stadttore notwendig sind
- die Universität, den Rat und die Bürgerschaft bei ihrem  
Herkommen, Privilegien, Rechten und Gerechtigkeiten zu  
lassen
- alle bis dahin vorgekommenen Tätigkeiten und Exzesse der  
Universität, dem Rat und der Bürgerschaft nicht zum  
Nachteil gereichen zu lassen
- die Stadt mit Plünderungen sowie Ranzionen zu verschonen
- den Handel nicht zu beeinträchtigen
- die Universität, den Rat und die Bürgerschaft nicht mit  
weiteren Pflichten zu belegen
- die Religion und den Gottesdienst nicht zu ändern
- den freien Ab- und Zuzug der Einwohner zu gewähren

---

<sup>20</sup> Zitiert nach Vogel, Leipzigerisches Geschichtsbuch (Anm. 8), S. 449.

<sup>21</sup> Als Abgeordnete auf Seiten der Belagerten wurden Dr. Göllnitz, L. Müller, Dr. Hermann, Johann Bahnen und Mag. Müller als Oberstadtschreiber bestimmt. Göllnitz und Müller waren Angehörige der Universität Leipzig. UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 49v.



- den Einwohnern der Vorstädte und umliegenden Dörfer die Rettung ihres Hab und Gutes zu erlauben
- Geschütze, Munition, Glocken etc. beim Rat und der Bürgerschaft zu belassen
- keine Überlassung des Stadtkommandanten an den Hauptmann der Festung Pleißenburg
- schließlich die Einnahme von 200 kaiserlichen Soldaten in das Peterstor und
- keine unbotmäßige Beschwerung der Einwohner mit Einquartierungen.<sup>22</sup>

Am Abend des 6. September wurde der Akkord von Tilly, dem Stadtkommandanten, der Hohen Schule und dem Rat unterschrieben, besiegelt und vollzogen.

Trotz dieser Einigung verlief die Übergabe Leipzigs an Tilly nicht gänzlich problemlos, was vor allem an der Uneinigkeit der vier Entscheidungsträger lag. Während des Abzuges der sächsischen Truppen aus der Stadt, wurden mehr Anteile als im Akkord vorgesehen in die kurfürstliche Pleißenburg verlegt.<sup>23</sup> Dies bedeutete für Tilly ein hohes militärisches Risiko, da sein Feind unmittelbar in der Stadt lag. Verstimmt über diesen Vertragsbruch entschied sich der General, nun auch die Festung zusätzlich einzunehmen, zunächst auf dem Verhandlungsweg über den Leipziger Rat und die Universität, sonst durch gewaltsame Besetzung. Im letzteren Fall drohte er mit der Schleifung der Häuser um die Pleißenburg herum. Dies hätte auch die *Alma mater* stark betroffen, da sich das Gebäude der Juristenfakultät unmittelbar vor der Festung befand.<sup>24</sup>

---

<sup>22</sup> Vollständige Auflistung des Akkordes bei Vogel, *Leipzigerisches Geschichtsbuch* (Anm. 8), S. 449 f.

<sup>23</sup> Ebd., S. 450.

<sup>24</sup> Bei der zweiten kaiserlichen Belagerung von 1632 wurde das Gebäude völlig zerstört. Die Juristen mussten bei anderen Fakultäten um einige Räume ersuchen. 1641, neun Jahre später wurde der Grund und Boden vom damaligen Stadtkommandanten Joachim von Schleinitz beschlagnahmt, um dort Häuser für die Soldaten bauen zu lassen. Die Juristenfakultät wehrte sich dagegen vergeblich, auch eine Entschädigung wurde ihr nicht ausgezahlt. Noch im gleichen Jahr konnte durch die steten Bemühungen des Ordinarius Sigismund Finkelthaus die Fakultät in ein neues Auditorium ziehen, dessen Bau erst durch Spenden ermöglicht wur-

Erst nach mehrmaligen Aufforderungen Tillys und sehr widerstrebend gingen Rat und Universität mit dem Argument, nicht über den Hauptmann der Pleißenburg befehlen zu können, da dieser direkt dem sächsischen Kurfürsten unterstehe, in die Verhandlungen mit dem Festungskommandanten ein. Als Kompromiss entsandten sie den Stadtsyndikus mit dem Auftrag, das Tilly'sche Anliegen zu referieren, den Hauptmann aber nicht zur Aufgabe zu überreden. Zunächst gab Vopelius dem Rat und Tilly natürlich eine abschlägige Antwort, aber unter den Drangsalen und dem Beschuss durch die kaiserliche Armee wurde die Pleißenburg zwei Tage später doch dem Feind übergeben.<sup>25</sup>

Am selben Tag, als Leipzig mit Tilly akkordierte, fand im Kriegsverlauf eine Wende statt: Der Erlass des Restitutionsedikts, die Ungeduld des Kaisers mit seiner Forderung an Johann Georg I., sich mit seiner sächsischen Armee dem kaiserlichen Heer anzuschließen, und das gewaltsame Vorgehen Tillys gegen die *Leipziger Schlussverwandten*<sup>26</sup>, drängten den sächsischen Kurfürsten zum Bündnis mit dem schwedischen König Gustav II. Adolf, der an diesem Tag in der Schlacht von Breitenfeld dem kaiserlichen Heer eine empfindliche Niederlage bereitet hatte.<sup>27</sup> Die Kaiserlichen

---

de. Zwar hatte die kursächsische Regierung in Dresden der Juristenfakultät zugesagt, 300 Stämme Holz zum Bau zur Verfügung zu stellen, diese wurden aber erst nach dem Dreißigjährigen Krieg geliefert. Als zukünftige Unterkunft für die Juristenfakultät wurde das ehemalige Notariatszimmer mit den angrenzenden Räumen verbunden und mit Bildern der Ordinarien und zwei neugemalten Arbores (Stammbäume) ausgeschmückt. Emil Friedberg, *Die Universität Leipzig in Vergangenheit und Gegenwart*, Leipzig 1898, S. 46. Erich Franke, *Die Universitätsbauten nach 1547-1648*, in: Heinz Füßler (Hrsg.), *Leipziger Universitätsbauten. Die Neubauten der Karl-Marx-Universität seit 1945 und die Geschichte der Universitätsgebäude*, Leipzig 1961, S. 163.

<sup>25</sup> Vogel, *Leipzigisches Geschichtsbuch* (Anm. 8), S. 451. UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 9v-11v.

<sup>26</sup> Als Leipziger Schlussverwandte werden diejenigen evangelischen Fürsten und Stände bezeichnet, die sich im Februar 1631 auf dem Leipziger Konvent zu einem losen Bündnis zusammenschlossen. Vgl. Bernhard Röse, *Herzog Bernhard der Große. Biographisch dargestellt*, Weimar 1828, S. 142.

<sup>27</sup> Zum militärischen Aspekt der sächsisch-schwedischen Koalition Gustav Droyen, *Über die Feldzüge der Sachsen im Bunde mit Schweden. Ein Beitrag zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges*, in: *Archiv für sächsische Geschichte* 12 (1874), S. 113-192.

flüchteten nach Leipzig und sicherten dort das Schloss. Gemeinsam rückten die beiden Verbündeten, König Gustav II. Adolf und Kurfürst Johann Georg I., vor Leipzig, um nun die Stadt, in der der kaiserliche Offizier Wangeler mit 1.000 Mann lag, zu belagern. Jener begehrte von den beiden einige Tage Bedenkzeit für einen Akkord. Gustav II. Adolf, der den flüchtenden kaiserlichen Truppen nachsetzen wollte und sie schließlich in Merseburg schlug, übertrug die Rückeroberung Leipzigs dem sächsischen Kurfürsten. Nach drei Tagen Verhandlung konnte Johann Georg I. am 12. September 1631 seine Stadt mit einem Akkord wiedereinnehmen.<sup>28</sup>

Wenige Tage später erhielt Johann Georg I. bei der Neuordnung der Verhältnisse in der Stadt nach der Belagerung und Besetzung *ungleiche Berichte* darüber, dass die Universität, der Rat und die Bürgerschaft den Festungskommandanten Vopelius ohne Not zur Übergabe der Pleißenburg an den Feind gedrängt und so eine entscheidende Rolle in diesem Fall gespielt hätten. Daraufhin forderte der Kurfürst die Genannten auf, sich dazu innerhalb von vier Stunden ausführlich zu erklären.<sup>29</sup> Trotz einer erwirkten Fristverlängerung schafften es sowohl Universität als auch Rat, noch am selben Tag ihre jeweiligen Berichte an den Kurfürsten zu übergeben. In beiden Schreiben wurden die übergroße Gefahr für die Stadt und für die Bewohner sowie der sonst drohende totale Ruin Leipzigs hervorgehoben. Es hätte nicht an Mut, sondern an den notwendigen Verteidigungsmitteln und der Hoffnung auf einen schnellen Entsatz durch die schwedisch-sächsische Koalition gemangelt. Sowohl die Universität als auch der Rat wollten in ihren Berichten aufzeigen, dass sie alles Mögliche zur Gegenwehr getan hätten. Hervorgehoben wird auch, dass trotz des Sieges und der schnellen Rückeroberung durch das sächsische Heer bei der Belagerung und Besetzung Leipzigs ein beträchtlicher Schaden entstan-

---

<sup>28</sup> Vogel, Leipzigerisches Geschichtsbuch (Anm. 8), S. 455. Im Gegensatz zu Vogel schreibt Droysen dem sächsischen Kurfürsten Johann Georg eine aktive Rolle bei dieser Entscheidung zu. Vgl. Droysen, Feldzüge der Sachsen (Anm. 24), S. 116-121. Dies steht im Widerspruch zur heutigen Einschätzung des Kurfürsten in der Forschungsliteratur. Es unterstreicht des Weiteren die Notwendigkeit einer modernen, quellenkritischen Darstellung zur Person und Regierung Johann Georgs I.

<sup>29</sup> UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 13r-15v.

den war: die abgebrannten Vorstädte, die vernichteten Wasserkinste sowie die Plünderung und Verwüstung der umliegenden Dörfer. Besonders die Universität berichtete, dass durch den erlittenen Schaden in den Universitätsdörfern und in den Häusern, Gärten und Vorwerken ihrer Angehörigen der Unterhalt der Akademie nicht mehr gewährleistet sei.<sup>30</sup>

Eine Woche später, am 28. September, erklärte Kurfürst Johann Georg I., dass er durch seine *churfürstliche Gütigkeit und Sanfftmuth* die Entschuldigung der Universität und des Rates annehme. Als Strafe hatten der Rat und die Universität ein freiwilliges kurfürstliches Präsentgeld zu zahlen, dass zunächst auf 20.000 Taler festgelegt, noch am selben Tag aber auf 25.000 Taler erhöht wurde. Von dieser hohen Summe mussten 12.000 Taler sofort, der Rest aber nach dem Ausgang des Michaelismarktes gezahlt werden. Die Hochschule musste sich mit 2.000 Talern beteiligen, die der Rektor und das *Consilium professorum* unter den Universitätsmitgliedern unter Androhung einer Strafe von jeweils zehn Talern und bei Vermeidung der Exekution einzusammeln hatten. Die Universität übergab dem Rat unter Ausstellung einer Quittung die Summe.<sup>31</sup>

Freilich war der Rat daran interessiert, dass die Universität, deren Mitglieder einen nicht unbedeutenden Anteil an der Einwohnerzahl Leipzigs ausmachten und unter denen sich fast 100 Personen befänden, die *ganz wohl gelegene heuser*<sup>32</sup> hatten, sich mit einer höheren Summe an dem kurfürstlichen Präsentgeld beteiligte. Dies lehnte allerdings die Universität mit dem Hinweis der ausstehenden Salarien ihrer Mitglieder und *anderer vielfeltiger Beschwerungen* vehement ab. Als zur Jahreswende 1631/1632 immer noch eine Restsumme von 3.000 Talern ausstand, versuchte der Rat diese der *Alma mater* zuzuschancen. Der Kurfürst musste schließlich einen Kommissar, den Kammerdiener und Bergrat David Döring, entsenden, um den nun bereits monatelang andauernden Streit zwis-

<sup>30</sup> Ebd., fol. 32r-41v (Bericht der Universität Leipzig an den Kurfürsten) sowie fol. 42r-60v (Bericht des Rates an Johann Georg I., als Kopie für die Universität in dieser Akte beigelegt!).

<sup>31</sup> Ebd., fol. 67r, Vogel, Leipzigisches Geschichtsbuch (Anm. 8), S. 458.

<sup>32</sup> In einem Schreiben des Rates an den Kurfürsten vom 21. Februar 1632 ist zu erfahren, dass die *Universitätsverwandten* den vierten Teil der Einwohnerschaft ausmachten. UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 87r.

chen dem Rat und der Universität Leipzig schlichten zu lassen und die offene Summe bezahlt zu bekommen.

Anfang Februar 1632 beschwerte sich die Universität allerdings erneut energisch bei den kurfürstlichen Räten über das Verhalten des Magistrats: Der Rat hatte nach der Zahlung der 2.000 Taler mehrmals bei ihnen um eine höhere Summe angehalten, aber das *Consilium professorum* konnte eine Erhöhung nicht bewilligen, weil ihm dazu die nötigen finanziellen Mittel fehlten. Zudem nutzte der Rat mit der neuen Forderung – so die Klage der Universität – ihre bis dahin gezeigte Gutwilligkeit aus. Das Schreiben schloss mit den harschen und selbstbewussten Worten:

*Alß gelanget an die Herren unser dienstfreundliches bitten, sie geruben großmüthig den rath zu Leipzig da ferner dergleichen zu suchen, sich unterstehen sollte, gesageten ursachen abzuweisen, undt das unß derselbe keinen der concludirten undt ihnen angekündigten verwilligung, so wir ad effectum lengsten erbracht, undt darüber gebührlich quittirt worden, geruhig verbleiben undt ferner deswegen unbelastigt lassen.<sup>33</sup>*

Auf dieses Schreiben antwortete der Rat am 21. Februar 1632 dem Kurfürsten mit einer eigenen Beschwerde, die die Not der Bürger Leipzigs, verursacht durch die Belagerung und Besetzung der Stadt sowie das nach dem Kriegsereignis in Leipzig grassierende Fieber, hervorhob. Dem stellte er die bessere finanzielle Situation der Universitätsangehörigen gegenüber, bedingt durch ihre Privilegien und der daneben betriebenen, nicht zu versteuernden *bürgerlichen Nahrung*. Nach mehreren Wochen des Schriftwechsels befahl der kurfürstliche Kommissar David Döring schließlich, dass sich beide Parteien im April vor ihm gütlich über die Zahlung der Summe einigen sollten. Es scheint bei dieser Verhandlung aber nicht zu einer Einigung gekommen zu sein, denn noch bis Ende Mai 1632 sind in der betreffenden Akte verschiedene Schreiben der Universität an den Kurfürsten und die Geheimen Räte enthalten, in denen sie sich mehrmals über die Aufforderung zur Zahlung dieser Summe und die Behandlung seitens des Rates beschwerte. Leider ist es abschließend aus dem hier verwendeten Quellenmaterial nicht möglich, die Lösung dieser Streitigkeit zu rekonstruieren.

---

<sup>33</sup> Ebd, fol. 92v.

*Die Alma mater lipsiensis im Dreißigjährigen Krieg*

Festzustellen ist aber, dass sich die Universität bis zum Schluss vehement gegen die Übernahme der Restsumme wehrte sowie selbstbewusst und sicher die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzte, um den Rat mit seiner Forderung zurückzuweisen.<sup>34</sup>

*... ist fewer / pest / vnd todt der hertz vndt geist durchfehret*<sup>35</sup>  
*Die Besetzung Leipzigs durch den schwedischen General Torstensson*  
*1642*

In den nächsten zwölf Jahren erlitt die Pleißestadt Leipzig und somit auch ihre Universität drei weitere Belagerungen, von denen allein die schwedische unter General Baner 1637 scheiterte. Durch das Bombardement wurde die Stadt schwer beschädigt. Vor allem die Universität war stark getroffen, denn ihre Gebäude im Lateinischen Viertel lagen direkt an der Stadtmauer. Aber nicht nur durch die Beschießungen entstanden Schäden, sondern auch im Zuge von Verteidigungsmaßnahmen oder im allgemeinen Chaos während einer Belagerung und Krisenzeit.<sup>36</sup>

Die Stadt und die Leipziger Universität waren natürlich nach so vielen Kriegsjahren finanziell, materiell und auch mental erschöpft. In diesem Zustand mussten sie die letzte große Belagerung im Dreißigjährigen Krieg über sich ergehen lassen.

Ende der 1630er Jahre verlief der Krieg für die schwedische Armee recht schlecht, so dass sie sich zunächst nach Pommern zurückzog. Für Kursachsen brachte diese Phase eine kurze Ruhepause, aber schon 1639 diente es wieder als schwedisches Durchzugs- und Versorgungsgebiet. Im Mai 1641 verstarb General Baner in Halberstadt an den Folgen eines Fieberanfalls. Er gilt bis heute in der schwedischen Historiographie als Retter der Großmachtstellung für das nordische Reich. Das schwedische Heer war nun führungslos und zudem innerlich sowohl durch Aufstände der Soldateska wegen des ausstehenden Soldes als auch durch die Zweifel der

---

<sup>34</sup> Ebd., fol.103r-121v.

<sup>35</sup> Andreas Gryphius „Threnen des Vatterlandes / Anno 1636“, aus: ders., Gesamtausgabe der deutschsprachigen Werke, hrsg. v. Marian Szyrocki, Hugh Powell, Bd. 1, Tübingen 1963, S. 48.

<sup>36</sup> Als Beispiel sei noch mal die Zerstörung der Gebäude der Juristenfakultät genannt. Vgl. Anm. 22.

deutschen Offiziere im schwedischen Dienst bedroht. In dieser Situation sandte der schwedische Reichsrat als neuen Heerführer Lennart Torstensson mit der Order, in *Meißen* und in den kaiserlichen Erblanden Quartier für die Armee zu suchen, da Sachsen, Brandenburg, Magdeburg, Halberstadt, Thüringen, Mecklenburg und Pommern schon verwüstet waren. Zudem galt es aus politischen Gründen zurückhaltend gegenüber den Koalitionspartnern Mecklenburg, Lauenburg, Bremen, Hamburg, Lübeck und Brandenburg zu sein. Sachsen dagegen sollte solange als Feind behandelt werden, bis ein Friede und die Wiederherstellung des ‚guten‘ Verhältnisses erreicht worden wären. Nach einem halben Jahr des militärischen Interregnums begann Torstensson im Frühjahr 1642 seine Offensive in Schlesien und Mähren. Im Juli eroberte er Olmütz, aber statt nach Wien weiter zu ziehen, kehrte er über Zittau nach Sachsen zurück.<sup>37</sup>

Am 12. Oktober erhielt Leipzig mehrere Schreiben aus Dresden, in denen darüber informiert wurde, dass der schwedische General Torstensson mit seiner Armee aus Schlesien und der Lausitz nach Meißen zöge und hierbei den Versuch unternähme, Großenhain zu erobern. Zwei Tage später wurden die ersten feindlichen Vortruppen vor Leipzig gesichtet. Die ländliche Bevölkerung flüchtete deshalb wieder in die schützende Stadt. Die sich bewaffnende Bürgerschaft besetzte nun die Posten auf der Stadtmauer und den Verteidigungsanlagen. Knapp eine Woche später erschien Torstensson mit seinem Heer vor Leipzig und ließ die Grimmaische Vorstadt plündern. Um die Verteidigung der Stadt zu stärken, ließen sich 500 fränkische und andere Fuhrleute, 200 Kaufmannsdienner und 400 Handwerksburschen freiwillig unter einen Hauptmann stellen. Am 20. Oktober scheiterten die Schweden beim Versuch, unter hohen Verlusten am Paulinerkolleg Bresche zu schießen und Sturm zu laufen, wobei an dem Gebäude schwere Schäden ent-

---

<sup>37</sup> Inger Schuberth, Die Rolle Schwedens im Dreißigjährigen Krieg, in: Sächsische Heimatblätter 6 (1995), S. 333-337; Georg Schmidt, Der Dreißigjährige Krieg, München 2002, S. 65. Mit den Verwüstungen und Plünderungen der beiden Kurfürstentümer Brandenburg und Sachsen wollten die Schweden die Abkehr der beiden protestantischen Mächte vom Kaiser erreichen. Heinz Schilling, Aufbruch und Krise. Deutschland 1517-1648, Berlin 1998, S. 429-431, hier S. 448.

standen.<sup>38</sup> Währenddessen beschlossen Universität und Rat in der kleinen Hofgerichtsstube, sich über das weitere gemeinsame Vorgehen bei dieser erneuten Belagerung abzustimmen.<sup>39</sup> Am nächsten Tag sahen die Belagerten, wie größere Teile des schwedischen Heeres von Leipzig aufbrachen und sich nach Seehausen begaben. Die kaiserliche Armee unter der Führung von Erzherzog Leopold Wilhelm von Habsburg und dem Reitergeneral Piccolomini zog gemeinsam mit der sächsischen dem schwedischen Feind entgegen: Es kam am 24. Oktober zur zweiten Schlacht bei Breitenfeld, die die kaiserlich-sächsische Koalition vernichtend verlor.

Nach seinem Sieg konnte Torstensson nun ungehindert wieder Leipzig belagern.<sup>40</sup> Mehrmals forderte er die Stadt zum Akkord auf. Zur gleichen Zeit fand in der Steuerstube auf dem Rathaus ein weiteres Zusammentreffen der Universitätsdeputierten mit dem Rat statt. Hierbei beklagte letzterer, dass es an Mehl, Brot, Bier, Geld, Pulver und Löschwasser mangelte, dass die Adligen, Studenten und Fuhrleute<sup>41</sup> sich nicht beteiligen wollten und dass nur we-

---

<sup>38</sup> Vogel, *Leipzigerisches Geschichtsbuch* (Anm. 8), S. 583 f..

<sup>39</sup> UA Leipzig, Rektor B 16: *Liber Academiae Lipsiensis, Liber actorum 1639-1643*, fol. 395r, v.

<sup>40</sup> In der Universitätsbibliothek Leipzig befindet sich eine Druckschrift zur Darstellung der Belagerung, die von Torstensson selbst verfasst wurde. Lennart Torstensson, *Gründliche vnd Eigendliche Relation Von der harten vnd strengen Belagerung der vornehmen Kauff- vnnnd Handels-Stadt Leipzig, vnd der Vestung Bleissenburg, Wie solche von [...] Linnarth Torstensohn [...] 1642. hart belagert [...] auch eingenommen worden. Alles aus selbst eigener Erfahrung beschrieben vnd in Druck gegeben 1643*. Ein Jahr später wurde in Gera bei Andreas Manitzsch ein Gedicht des Johannes Thomasius, der damals als Student der Jurisprudenz die Belagerung in Leipzig miterlebt hatte, mit dem Titel gedruckt: *Tranriger Schanplatz des im Jahre 1642. belagerten Leipzigs dem billichen Mitleiden vorgestellt von Ihrem Trewen. Gedruckt Anno 1643*. Der Verfasser, nach seinem Studium Doktor beider Rechte und Herzoglicher Sächsischer Hofrat zu Altenburg, war der Onkel des Gelehrten Christian Thomasius. Ernst Kroker, *Leipzig in Liedern und Gedichten des dreißigjährigen Krieges*, in: *Schriften des Vereins für die Geschichte Leipzigs* 5 (1896), S. 33-99, hier S. 96.

<sup>41</sup> Eigentlich widerspricht sich der Leipziger Magistrat an dieser Stelle, da wenige Tage zuvor 500 fränkische und andere Fuhrleute sich freiwillig für die Verteidigung der Stadt gemeldet hatten. Über die Gründe für diese Aussage des Rates gegenüber der Universität ist in den Quellen nichts zu erfahren. Wohl wollte er die prekäre Situation unterstreichen. Dies ist aber letztlich spekulativ.



nige Soldaten zur Verteidigung in der Stadt seien.<sup>42</sup> Auch auf Seiten der Bürgerschaft gab es Probleme bei den Verteidigungsmaßnahmen. So schrieb sie am gleichen Tag an den Leipziger Magistrat, dass sie aufgrund des bisherigen Wachens und Verteidigens über zwei Tage und Nächte lang sehr erschöpft seien und deswegen die Bereitschaft und Solidarität der *Fremden und Freiwilligen* abnehme.<sup>43</sup> Problematisch sah der Ausschuss zudem die Einquartierung der Soldaten bei denjenigen Bürgern, die auf ihren Posten wachten. Diesen Einwohnern fehlten die Einnahmen, um sowohl für sich als auch für die Einquartierten sorgen zu können. Deswegen bat er den Rat, diese Bürger vor der Einlegung mit Soldaten zu verschonen und ihnen stattdessen Kommiss und den notwendigen Unterhalt zu geben. Nicht nur die problematische Versorgung der Soldaten spielte hier eine Rolle, sondern vor allem die Angst der Einwohner, dass die einquartierten Soldaten bei ihrer Abwesenheit die Häuser plündern und verwüsten oder ihren Besitz stehlen und verkaufen würden. Daraufhin wandte sich der Leipziger Magistrat mündlich und schriftlich an den Stadtkommandanten Joachim von Schleinitz, um ihn auf die schon aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Verteidigung der Stadt hinzuweisen, und bat ihn, sorgfältig die nächsten Schritte in dieser Belagerungssituation zu überdenken. Noch konkreter formulierte es am gleichen Tag die Universität in ihrem Memorial an den Stadtkommandanten: Zunächst bekundete sie neben ihren eigenen Interessen ihre Sorge um die Wohlfahrt der Stadt. Dann hob sie die hoffnungslose Situation für die Stadt hervor: Ein übermächtiger Feind, der vor kurzem erst in der Schlacht über das kaiserlich-sächsische Entsatz-

---

<sup>42</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 395v, 396r. In einem Memorial der Bürgerschaft ist vermerkt, dass bei Ankunft der Schweden die Schleinitzsche Garnison sich nur auf 200 Mann belief, von denen viele Stabsoffiziere waren. Dazu: Ueber die Uebergabe der Stadt Leipzig an den schwedischen General Torstenssohn von dem General Kriegskommissarius Johann von Schleinitz im Jahre 1642, in: Neues Museum für die Sächsische Geschichte, Litteratur und Staatskunde 1 (1800) Heft 1, S. 79-90, hier S. 80. Dieser Aufsatz gibt paraphrasierend den Inhalt des Memorials wieder, in dem die Bürgerschaft im September 1645, nach dem Frieden von Kötzschenbroda, beim Kurfürst über die zweite schwedische Belagerung Leipzigs und deren Übergabe berichtet und sich dabei über das Vorgehen des Rates, des Stadtkommandanten und der Universität beschwert.

<sup>43</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 396v.

heer einen bedeutenden Sieg errungen hatte, belagerte nun Leipzig. Nach der vernichtenden Niederlage der eigenen Armee war auf eine schnelle Hilfe nicht mehr zu hoffen. Die eigenen Mittel reichten aber auch nicht für eine längere Verteidigung der Stadt aus. Um aber ein *Magdeburgisches Blutvergießen und total Ruin* der Stadt zu vermeiden, bot sich die Universität an, Verhandlungen mit dem schwedischen Feind zu führen. Als erste drängte sie somit aufgrund der hoffnungslosen Gesamtsituation nachdrücklich auf schnelle Verhandlungen.<sup>44</sup>

Der Stadtkommandant willigte insofern in den Vorschlag der Hochschule ein, als dass er um ein Geleitschreiben für die Universitätsdeputierten bei Torstensson ersuchte, welches ihm gewährt wurde. Am 26. Oktober wurde im *Consilium professorum* beschlossen, dass als Abgeordnete der Hohen Schule der Prorektor Dr. Johann Philippi, Dr. Christian Lange, Pastor Dr. Johann Michaelis und Mag. Friedrich Leibnitz zu den Verhandlungen mit den Schweden abgeschickt werden sollten. In der entsprechenden Instruktion der Universität wurden folgende Punkte als Verhandlungsziele festgelegt:

- der Erhalt eines Schutzbriefes für die Hohe Schule, ihrer Mitglieder und für die ihr unterstehenden acht Dörfer
- Verschonung vor Einquartierungen, Kontributionen und anderen Kriegsbeschwerden
- Ersetzung der durch die beiden schwedischen Belagerungen entstandenen Schäden an den Gebäuden, vor allem am Großen Fürstenkolleg und am Paulinerkolleg
- Schonung der Universität, da sich an ihr mehrere schwedische Studenten aufhielten.

Schließlich endete das Schreiben mit den ermahnenden Worten:

*Weil der königlichen Schwedischen Armee mit reinigung dieser Academi [...] nicht das geringste gedienet, hingegen denen Catholischen ein ewiges frolocken zugerichtet würde, wenn durch Evangelische Glaubensgenossen diese alte hohe und weitberühmbte Universität an ihren privi-*

---

<sup>44</sup> Ebd., fol. 397r-401r.

*legien, auch ihren Collegien und anderen gliedern schaden leiden oder auch wohl ruiniret werden solte.*<sup>45</sup>

Daher – so die Hoffnung der Universität – möge Torstensson, der für seine Förderung der akademischen Lehre weithin gerühmt würde, diese Universität sowie die Stadt, in der sie sich befindet, verschonen sowie ihre Privilegien und Rechte bestätigen.

Am nächsten Tag fuhren neben den Abgeordneten der Universität, auch die des Stadtkommandanten und des Rates ins schwedische Hauptquartier nach Stötteritz.<sup>46</sup> Sie wurden nun aber nicht wie erhofft persönlich von Torstensson empfangen, sondern mussten mit seinen Vertretern General Königsmark und Generalmajor Wittenberg verhandeln. Aber schon zu Beginn der Verhandlungen ließ der Stadtkommandant über seine Deputierten übermitteln, dass er zur Aufgabe der Stadt und des Schlosses nicht bereit sei, da ihm beide von seinem Landesherrn, dem Kurfürsten von Sachsen, anbefohlen waren, und er sie im Gegensatz zu den Darstellungen der Stadt oder der Universität zu verteidigen gedenke.<sup>47</sup> Diese Antwort verärgerte die schwedischen Vertreter sehr. Denn mit dieser Erklärung hätte letztlich auf das Treffen verzichtet werden können. Daraufhin schalteten sich die Universitätsabgeordneten ein und trugen ihr Anliegen um Verschonung der Hochschule, der Kirchen und Schulen vor. Sie wurden aber von General Königsmark daran erinnert, dass die Übergabe der Stadt nicht in den Händen der Universität läge. Deshalb hätten sie bei Verweigerung der Aufgabe der Stadt dieselben Konsequenzen wie Leipzig zu erleiden. Zumindest konnten die Abgeordneten der Hochschule erreichen, dass der

---

<sup>45</sup> Ebd., fol. 405v, 406r.

<sup>46</sup> Als Abgeordnete des Stadtkommandanten wurden Herr Dr. Pinckert und der Oberwachmeister Nitzsche ernannt. Dr. Finckelthaus, Dr. Ziegler, Baumeister Hermann und der Stadtschreiber Barthel Hahnen waren die Abgeordneten des Rates. Vogel erwähnt in seiner Chronik nicht, wie es aus dem Rektorenbuch ersichtlich ist, dass bei den Verhandlungen die Deputierten des Generals von Schleinitz anwesend waren. Vogel, *Leipzigerisches Geschichtsbuch* (Anm. 8), S. 591. Die Bürgerschaft beschwerte sich in ihrem 1645 verfassten Memorial, dass sie zu diesen Verhandlungen keine eigenen Deputierten absenden durften, wie sie auch bei den späteren Zusammenkünften mit den Schweden nur bedingt und unter Behinderungen des Rates oder der Universität teilnehmen durften. *Uebergabe der Stadt Leipzig 1642* (Anm. 37), S. 82.

<sup>47</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 407v.

*Alma mater* ein Schutzbrief überreicht wurde.<sup>48</sup> Die gleiche Antwort bekamen die Ratsdeputierten, nachdem auch sie um Schonung der Stadt gebeten hatten. Der Vorschlag, mittels Kontributionen und der Erlegung einer hohen Summe Geldes die Neutralität für Leipzig zu erkaufen, wurde den Abgeordneten abgeschlagen. Daraufhin baten sie um einen vierundzwanzigstündigen Waffenstillstand, um in dieser Zeit den Stadtkommandanten zum Akkord überreden zu können, der ihnen gewährt wurde. Zwar konnte der Rat noch am 27. Oktober mit dem Kommandanten von Schleinitz über die Forderungen der Schweden sprechen, ihn aber nicht zum Akkord überreden, so dass die Belagerung und der starke Beschuss der Stadt durch den schwedischen Feind fortgesetzt wurde.

In den darauf folgenden Tagen versuchten sowohl der Rat als auch die Universität – entsprechend ihrem Beschluss im *Consilium professorum* – nach gemeinsamen Beratungen mehrmals, den Stadtkommandanten zum Akkord zu bewegen. Zugleich führten sie wiederholt Verhandlungen mit Torstensson, wobei der Rat am 2. November mit Hilfe der Universitätsabgeordneten sogar gute Bedingungen für eine Übergabe schuf: Neutralität des Schlosses und der Stadt, Abzug der sächsischen Garnison und Einzug einer schwedischen Besatzung, Zahlung von Diskretionsgeld und monatlichen Kontributionen, aber Verschonung von konföderierten Einquartierungen. Auch diese gute Ausgangsbasis lehnte der Stadtkommandant mit der Begründung ab, dass die Verteidigungsmängel teilweise durch die Bürgerschaft behoben werden könnten, und dass es bei diesen langwierigen Verhandlungen auch auf Seiten der Belagerer zu Ermüdungen kommen würde.<sup>49</sup>

Bei genauerem Hinsehen erkennt man recht schnell die Widersprüche in den Verhandlungen zwischen den Rats- und Universitätsabgeordneten einerseits sowie den schwedischen Belagerern andererseits, die letztlich immer wieder zum Scheitern der Gespräche führten: Bei allen Besprechungen argumentierten erstere damit, dass Leipzig dem Stadtkommandanten unterstellt wäre und ihnen daher die Übergabe der Stadt nicht obliege. An der ablehnenden Haltung des Stadtkommandanten scheiterten trotz der

---

<sup>48</sup> Ebd., fol. 410v-411r.

<sup>49</sup> Ebd., fol. 416r.

Vermittlungsversuche seitens des Rates und der Universität die Verhandlungen mit den Feinden. Diese Widersprüche und Uneinigkeiten auf Seiten der Belagerten verhinderten jeglichen Fortschritt in den Verhandlungen. Trotz der angespannten Situation erhielten Rat und *Alma mater* von den Schweden die Erlaubnis, eine Ratsperson zum Kurfürsten nach Dresden zu entsenden, um dem Landesherrn von der gefährlichen Notlage der Stadt durch die Belagerung zu berichten und eine entsprechende kurfürstliche Resolution zu erhalten. Im *Consilium professorum* wurde dafür Friedrich Kühlwein ausgewählt, Doktor beider Rechte, Rat- und Stadtrichter in Leipzig sowie späterer Bürgermeister der Messestadt.<sup>50</sup> Ursprünglich sollte ihn Gottfried Stahl, Mitglied des Bürgeausschusses, begleiten, um die Not und die Belange der Leipziger Bürgerschaft während der Belagerung darzustellen. Kurz vor der Abreise wurde er aber an der Fahrt nach Dresden gehindert, da er unter dem Verdacht stand, heimlich den Schweden zugetan zu sein.<sup>51</sup>

Die Verhandlungen mit Torstensson wurden unterdessen weitergeführt, der nun aber die Bedingungen für einen Akkord verschärfte: Die Stadt und das Schloss sollten sich in die Devotion der Krone Schwedens begeben, eine Garnison aufnehmen, die Schlüssel zur Hälfte den Schweden übergeben, die Abführung der schwedischen Soldaten finanzieren und monatlich Kontributionen zahlen. Abermals gingen die Abgeordneten auf diesen Akkordvorschlag nicht ein. Daraufhin wurde in den nächsten drei Wochen nicht nur Leipzig von den Schweden schwer beschossen, sondern auch die Vorstädte verwüstet und abgebrannt, wodurch den Einwohnern der Stadt und den Mitgliedern der Universität erheblicher Schaden entstand.<sup>52</sup>

---

<sup>50</sup> Zu Kühlwein vgl. Karin Kühling, Doris Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister vom 13. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Eine Übersichtsdarstellung mit biographischen Skizzen, Beucha 2000, S. 34.

<sup>51</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 419v, 420r. Uebergabe der Stadt Leipzig 1642 (Anm. 37), S. 83.

<sup>52</sup> Vogel hat für jeden Tag dieser drei Wochen die verschiedenen Schüsse der Schweden auf die Festung, die Basteien und Stadttore aufgezählt. Überwiegend waren es täglich über 200, am 20. November sogar 600 Kanonenschüsse, 688 Schüsse aus anderen Geschützen, 5 Granaten und 15 Steinwürfe gewesen. Vogel, Leipzigerisches Geschichtsbuch (Anm. 8), S. 593-598.

Am 15. November kehrte der Stadtrichter Friedrich Kühlwein aus Dresden mit einem eigenhändig geschriebenen, mehrseitigen Schreiben des Kurfürsten an Rat und Universität zurück.<sup>53</sup> Darin lobte der Landesherr zunächst die bisherige Standhaftigkeit und Pflichterfüllung der Leipziger, bekundete aber seinen Unwillen über das Vorhaben, die Stadt mit einem Akkord an die Schweden zu übergeben. Formelhaft sah Kurfürst Johann Georg I. die Belagerung der Stadt als eine gerechte Bestrafung Gottes für ein zu sündiges Verhalten der Bewohner an, der nur mit Pflichterfüllung gegenüber dem Landesherrn und gottgefälligem Leben begegnet werden könne. Deswegen riet er mit dem Hinweis, dass die kaiserliche Armee sich wieder reorganisiert und so Leipzig in nächster Zeit entsetzen könnte, zum Ausharren. Außerdem würde der schwedische Feind die Stadt ihrer Glaubensgenossen nicht völlig zerstören, da dies der bisher von ihnen verbreitete Kriegspropaganda zuwider liefe. Aus diesen Gründen mahnte er sie eindringlich, nicht mit den Schweden zu verhandeln und die Stadt auch nicht an sie zu übergeben.<sup>54</sup>

Kühlweins Bericht, der in den Universitätsakten überliefert ist, ergänzt differenzierend die Entscheidungsfindung am Dresdner Hof. Danach hätten alle Geheimen Räte außer Sebottendorf den Akkordplänen des Magistrats und der Leipziger Universität zugestimmt und neben Marschall Tauben dem Kurfürsten angeraten, den kaiserlichen Verbündeten nicht zu trauen. Wenig später forderte der Kurprinz, der spätere Kurfürst Johann Georg II., Kühlwein auf, ihm entgegen der Anweisung des Vaters über die Belagerung Leipzigs zu berichten. Darauf teilte er dem Leipziger Deputierten mit, dass sowohl er als auch der Erzbischof den Kurfürsten bedrängt hätten, der Stadt den Akkord zu erlauben, und deswegen mit dem Vater in Streit geraten wären. Um eine Verständigung mit den Schweden doch noch zu erreichen, wollte er mit Kenntnis seines Vaters mit den Feinden einen Vergleich über die Stadt Leipzig aushandeln. Aus diesem Grund hatte er den Obristleutnant Knochen zu General Torstensson entsandt. Schon zwei Tage nach der Ankunft Kühlweins in Leipzig erhielten der Magistrat und die

---

<sup>53</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 427r.

<sup>54</sup> Ebd., fol. 26r-29v.

Universität die Nachricht, dass der kursächsische Abgeordnete nicht vom schwedischen Feldherrn empfangen worden und somit der Rettungsplan des Kurprinzen gescheitert war. Der Vorgang zeigt aber, dass entgegen allen Ratschlägen Kurfürst Johann Georg allein die Entscheidung traf, was im Gegensatz zur historiographischen Bewertung seiner Person ein Anzeichen für eine größere Eigenständigkeit seiner Politik sein kann.<sup>55</sup>

Angesichts der zunehmenden Bedrohung der Stadt durch den starken Beschuss der Schweden ließ der Rat bei der Universität anfragen, ob man entgegen dem kurfürstlichen Befehl dennoch die Akkordverhandlungen mit dem Feind aufnehmen sollte. Zunächst weigerte sich die Akademie, änderte aber schon wenige Stunden später ihre Meinung. Am 17. November wurden die Verhandlungen mit Torstensson seitens des Magistrats, der Universität und der Bürgerschaft trotz des Einspruchs und Widerstandes des Stadtkommandanten fortgeführt. Die Belagerten wollten dem Feind bei der Übergabe die Zahlung von Diskretionsgeld und Kontributionen sowie den Abzug der eigenen Stadtgarnison zugestehen, aber als Gegenleistung eine Bestätigung ihrer Privilegien, Rechte und Gerechtigkeiten, den Abzug der schwedischen Truppen vor der Stadt, die Verschonung der Stadt von der Einlegung einer Garnison sowie den Erhalt der Festung Pleißenburg für die kursächsische Seite erwirken, letztere mit der Zusicherung, die Schweden und ihre Konföderierten nicht zu behindern. Diese Forderungen und Zugeständnisse, die größtenteils schon vor dem kurfürstlichen Verbot bestanden, bedeuteten aber kaum einen Fortschritt in den Verhandlungen. Daher gingen die Schweden auf dieses Angebot auch nicht ein, da sie ja das Schloss zur Versicherung der Neutralität einzunehmen beabsichtigten. Am darauf folgenden Abend sandte der Rat wiederum mit der Bewilligung der Schweden den Stadtrichter Friedrich Kühlwein nach Dresden, um beim Kurfürsten nochmals um eine Resolution zu bitten. In einer mitgegebenen Supplikation erbat die Universität flehentlich die Rettung der Stadt.<sup>56</sup>

---

<sup>55</sup> Ebd., fol. 432r-434v. Zur Einordnung von Kurfürst Johann Georg I. in die Historiographie vgl. Anm. 28.

<sup>56</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 438r-439v.

### *Die Alma mater lipsiensis im Dreißigjährigen Krieg*

Nach mehr als drei Wochen Belagerung war auch die Universität zunehmend von den Kriegsbeschwerden betroffen. So klagten verschiedene Mitglieder beim *Consilium professorum* über die militärischen Einquartierungen, über Verwüstungen der Kollegien, über das Verhalten der Marktvögte und Ratsdiener ihnen gegenüber und über die unrechtmäßigen Beschlagnahmungen ihrer Mobilien und Güter, vor allem von Getreide und Holz, seitens des Leipziger Magistrats. Letzteres stellte laut den Privilegien der Universität einen klaren Übergriff des Rates dar.<sup>57</sup> Daraufhin protestierte die Universität in einem Memorial beim Rat über diese Missstände. Auch das Verhältnis zu den Soldaten des Stadtkommandanten, die zur Verteidigung die Gebäude der *Alma mater* nutzen durften, war recht angespannt, wie ein Beschwerdeschreiben des *Consiliums* an den Stadtkommandanten zeigte. Darin heißt es, dass der Botanische Garten am Paulinum nach der Öffnung für die Verteidigungskräfte erheblich beschädigt worden war, da die Soldaten die Gebäude abbrechen und die jungen Bäume fällten. Der Versuch der Schweden, an dieser Stelle Breschen zu schießen, zerstörte ihn schließlich fast gänzlich. Zudem raubten und verwüsteten fremde Bauern und andere den nun geöffneten Garten mit seinen Gelassen, wobei sie von den Wachsoldaten kaum daran gehindert wurden. Schließlich wurde der *Hortus* auch als Rennbahn und als Friedhof für die toten Pferde und andere Kadaver genutzt. In ihrem Memorial forderte die Hohe Schule daher den General von Schleinitz auf, den Botanischen Garten zu verschließen, um seine völlige Zerstörung zu verhindern.<sup>58</sup>

Die fortwährende Dauer der Belagerung und der schwere Beschuss der Stadt durch die Schweden sowie die Aussichtslosigkeit auf einen baldigen Entsatz durch kaiserliche oder sächsische Truppen veranlasste den Stadtkommandanten – General von Schleinitz – schließlich doch dazu, dem Rat und der Universität nun ernsthafte Akkordverhandlungen mit den Schweden zu gestatten.

Nach dieser Aufforderung führten der Magistrat und die Universität die Verhandlungen mit dem schwedischen General Torstens-

---

<sup>57</sup> Rudolph Rentzsch, Die Gerichtsbarkeit der Universität Leipzig bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1829, Diss. phil., Leipzig 1921, S. 113.

<sup>58</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 439 f.



son am 24. November fort. Die Hochschule forderte folgende für sie relevante Punkte:

- Verbleib in der kurfürstlich-sächsischen Devotion
- Erhalt ihrer Privilegien, Rechte, Gerechtigkeiten und Jurisdiktion
- zum Erhalt der Lehre Verschonung mit Einquartierungen und Kontributionszahlungen, vor allem der acht Universitätsdörfer, Kollegien, Häuser des Rektors, Prorektors, der Ordinarien, des Syndikus' und der geistlichen Akademiemitglieder
- Erhalt der Universitätseinnahmen und Beihilfe bei der Eintreibung der Außenstände sowie
- ungehinderter Zu- und Abzug der akademischen Untertanen.

Noch am gleichen Tag erhielten die Belagerten eine Antwort Torstenssons, in der er seine bisherigen Forderungen wiederholte.<sup>59</sup> Am nächsten Abend erhielten die Abgeordneten der Universität und des Rates die überraschende Nachricht, dass der Stadtkommandant und der Festungskommandant der Pleißenburg, Christoph von Drandorff, mit dem schwedischen General unerwartet einen Akkord ausgehandelt hatten, dessen Inhalt folgender war:

- ehrenvoller Abzug der sächsischen Garnison nach Dresden unter schwedischer Begleitung
- die Auslieferung der in Leipzig gebliebenen kaiserlichen Soldaten
- Abgabe der Munition, der Geschütze und des Proviantes sowie
- Beibehaltung der kursächsischen Dienstmänner in der Verwaltung.

Der Magistrat und die Universität waren nun ob des geschlossenen Akkordes ohne ihre Beteiligung über das weitere Fortgehen sehr besorgt und warfen dem General von Schleinitz deswegen vor, sie durch seinen ohne Vorabsprache geschlossenen Akkord den Schwe-

---

<sup>59</sup> Ebd., fol. 441r-449v.

den schutzlos ausgeliefert zu haben. Darauf erbot er sich, die Übergabe erst nach dem Akkord der Stadt und der Universität zu vollziehen.<sup>60</sup> Am folgenden Vormittag, dem 27. November, versuchten die Abgeordneten der Universität und des Magistrats<sup>61</sup> mit dem Feldmarschall Torstensson einen Akkord abzuschließen, wurden aber nach längerem Warten auf den nächsten Tag vertröstet. Unterdessen forderten die Schweden den Stadtkommandanten auf, ihnen die Festung zu übergeben, wie es ihnen auch nach dem Vertrag zustand, und drohten bei einer erneuten Verzögerung mit dem weiteren Beschuss des Schlosses. Am Abend gab schließlich General von Schleinitz der berechtigten Forderung nach. Der in der Nacht geschehene Einzug der schwedischen Garnison versetzte die Universität, den Rat und die Bürgerschaft in großen Schrecken, da sie von diesen Vorgängen überrascht wurden. Zudem hatte sich dadurch ihre Ausgangsbasis für die Verhandlungen mit den Schweden deutlich verschlechtert.

Am nächsten Tag gingen die Deputierten wieder in das schwedische Feldlager zu Torstensson hinaus. Nun endlich wurde ein Akkord zwischen den Abgeordneten und dem Feldmarschall geschlossen, der durch die kurfürstliche Resolution, die Friedrich Kühlwein erst einen Tag später aus Dresden überbringen konnte, nachträglich legitimiert wurde. Die Stadt hatte zwei schwedische Regimenter unter dem Kommando des Generalmajors Axel Lilie aufzunehmen, der wenige Tage später neben der monatlichen Kontribution von 2.500 Talern die Zahlung einer einmaligen Summe von 70.000 Talern forderte.<sup>62</sup> Die Versorgung der schwedischen Garnison regelte Feldmarschall Torstensson mittels einer Kammerordnung vor seinem Aufbruch am 23. Dezember 1642. Zudem forderte er von der Stadt die Zahlung eines Diskretions-

---

<sup>60</sup> Ebd., fol. 453r.

<sup>61</sup> Als Deputierte der Universität wurden Prorektor Dr. Johann Philipp, Dr. Weber, Dr. Schwendendörffer, Dr. Michels und Lic. Corvinus entsandt. Bürgermeister Dr. Finkelthaus, Dr. Ziegler, Baum und Schacher waren die Abgeordneten des Leipziger Rates. Die Bürgerschaft sandte als Vertreter Franz Beck, Zippel, Teuberlin und Kaupdorff. Ebd., fol. 453v. Vogel bemerkt, dass auch der Rektor an den Verhandlungen beteiligt war. Dieses Faktum ist aber im Rektorbuch nicht verzeichnet. Vogel, *Leipzigisches Geschichtsbuch* (Anm. 8), S. 600.

<sup>62</sup> Ebd., S. 602.

geldes von zunächst 400.000, dann 300.000 Reichstalern. Darauf sandte die Universität an ihn ein Memorial, in dem sie ihn als evangelisch-lutherischen Glaubensgenossen um Milderung der Summe bat, da die Stadt seit 1631 durch die verschiedenen Kriegsläufe

*unterschiedene belagerungen, Einnehmungen, Ranzionen, vielfältige Einquartierungen, unaufhörliche Verpflegungen und contributionen, wie auch anderen Kriegsbeschwerungen undt Pressuren dermaßen erschöpffet und außgesogen, daß sehr viel bürger undt Einwohner in eußerster armuth und unvermögen gerathen. Dabero auch ein großes theil der häußer in der Stadt ganz verlaßen undt unbewohnet stehen.*<sup>63</sup>

Deshalb sei es der Stadt unmöglich, diese hohe, *unerträgliche* Summe abzustatten. Trotz dieses und anderer Einwürfe, gelang es dem Rat und der Universität nicht, diese Summe von zwei Tonnen Gold an Bargeld und einer halben Tonne Goldes an Waren mindern zu lassen.<sup>64</sup> Die Frage war nun daher, wie diese hohen und belastenden Forderungen auf die Einwohner Leipzigs aufgeteilt werden sollten und ob sich die Universitätsverwandten entgegen ihren Privilegien und dem Schutzbrief Torstenssons daran beteiligen mussten. Wie schon bei den ersten Kontributionszahlungen zehn Jahre zuvor, entbrannte über die Verfahrensproblematik ein hitziger Streit zwischen dem Magistrat, der Universität und der Bürgerschaft.

Die erste Beschwerdeschrift über die Eintreibung der schwedischen Forderungen schickte die Universität am 12. Dezember 1642 an Torstensson. Hierin führte sie an, dass sie zwar durch ihre Privilegien und seiner Resolution von der Zahlung der Kontributionen befreit wäre, sich aber nach begehrliehen Bitten und Flehen des Rates an den Forderungen beteiligt und dem schwedischen Kommissar Branden eine anteilige Summe gegen Quittung ausgehändigt habe. Dagegen verlangten die Deputierten der Bürgerschaft eine noch höhere Beteiligung der Universitätsverwandten, veränderten eigenmächtig das Abgabeverfahren und drohten den Akademiemitgliedern unter Aberkennung der schon geleisteten

---

<sup>63</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 455r-456v.

<sup>64</sup> In der archivalischen Überlieferung (UA Leipzig, Rektor B 16) wird zunächst der Wert in Reichstalern, dann in Tonne angegeben.

Zahlungen die militärische Exekution bei Verweigerung an. Dies stellte ein unbefugtes Eingreifen in die Privilegien der *Alma mater* dar. Die Hochschule forderte daher nun den Beistand und die Hilfe Torstensson gegen dieses eigenmächtige Vorgehen der Bürgerschaft.<sup>65</sup>

Ein ähnliches Schreiben sandte sie vier Tage später an den Rat. Darin erinnert sie ihn daran, dass vor allem in Krisenzeiten die Wahrung von Privilegien und Rechten absolut notwendig sei. Da die Universität auf diese Beschwerde keine Antwort erhielt und um ihren Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen, schrieb die Universität eine Woche später an den Bürgermeister zu Leipzig, Dr. Sigmund Finkelthaus, der als Professor der Juristischen Fakultät zugleich auch Mitglied der *Alma mater* war. In dem Brief forderte sie ihn auf, als Universitätsmitglied durch ein schnelles Einschreiten weitere Verletzungen der akademischen Privilegien und Jurisdiktion zu unterbinden und so größeren Schaden zu vermeiden.<sup>66</sup>

Die Verwirrungen und Streitigkeiten zwischen den drei Parteien über die Zahlungsmodalitäten der schwedischen Forderungen entstanden vor allem aufgrund der fehlenden Anordnung Torstenssons, der damit unklare Verhältnisse in Leipzig schuf. Erst mit der Kammerordnung vom 23. Dezember 1642 erließ er genaue Vorgaben über die monatlichen Zahlungen der Stadt für die schwedischen Soldaten und die Anlage der Kontributionszahlungen. Danach hatte ein jeder vor der Obrigkeit einen Eid über sein Vermögen zu leisten. Den daraus berechneten Anteil hatte er ohne sonderbaren Verzug den dazu deputierten Bürgern zu entrichten oder, *da er sein Vermögen zu offenbaren bedenken trüge*<sup>67</sup>, in einen hierzu verordneten und verschlossenen Kasten einzuwerfen, zu dem nur bestimmte Personen Zugang hatten. Zur Anlage wurden folgende Mobilia hinzugezogen: Waren, Viktualien zum Wiederverkauf, Barschaft, Obligationen, Wechselbriefe, das tatsächliche jährliche Einkommen und alle Arten von Lohn. Von diesen Posten sollten zehn Prozent entrichtet werden. Geringer war die Berechnung bei

---

<sup>65</sup> Ebd., fol. 465r-467v.

<sup>66</sup> Ebd., fol. 476v.

<sup>67</sup> Vogel, Leipzigisches Geschichtsbuch (Anm. 8), S. 603.

Schmuckstücken, Kleinodien, Silbergeschirr, Geschmeide, Schatzgeld oder nicht *werbende[r]* Barschaft. Hier hatten die Bewohner fünf Prozent zu zahlen. Schon geleistete Zahlungen durften von der Ranzion abgezogen werden. Von der Anlage ausgenommen waren der Hausrat an Zinn und Kupfer, Betten, Geräte, Kleider, Schulden und die nicht verzinsbaren Gelder. Da auf Immobilien oder Häuser schon fünf Prozent entrichtet worden waren und überdies auch noch eine weitere Kontributionszahlung auf diese angelegt werden sollte, wurden sie von dieser Anlage erst einmal ausgenommen, bis man wusste, ob die zusammengetragene Summe die Forderung deckte.<sup>68</sup>

Ausgelöst durch die Übergriffe der Bürgerschaft beanstandete die Universität eine Woche später in einem Schreiben an den Rat diese Modalitäten, da zur Anlage ausschließlich die Mobilia hinzugezogen wurden, die aber bei den Hochschulangehörigen unter die akademische Jurisdiktion fielen. Weiterhin führte sie an, dass die übermäßige Erhöhung des Steuerschocks auf die Häuser für die Witwen, Waisen und anderen *armen* Universitätsverwandten, *welche keine Nahrung, Handlung und Gewerbe haben, auch bis anher ohne das sehr mitgenommen*<sup>69</sup>, deren vollkommenen Ruin darstellen würde. Die Übergriffe, der Aufbau der Ranzionsanlage sowie die Steuererhöhung stellten ihrer Meinung nach mehrere Verletzungen der Kompaktaten von 1580 dar, gegen die die Universität aufs energischste protestierte.<sup>70</sup>

Dieser zunehmend aggressiver ausgetragene Streit zwischen der Universität, dem Magistrat und der Bürgerschaft um die Modalitäten der Anlage, bzw. den Anteil der einzelnen Parteien daran, währte mehrere Wochen und Monate, in denen die verschiedenen Fraktionen eine Vielzahl an Beschwerdeschriften an den schwedischen Kommandanten von Leipzig Axel Lilie verfassten. Aus diesem Grunde ordnete er am 29. Juni 1643 zur *Wahrung der Harmonie zwischen Universität, Rat und Bürgerschaft von Leipzig* eine Kommission an, um den Streit zu schlichten und die ausstehende Restsumme

---

<sup>68</sup> Ebd.

<sup>69</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 479v.

<sup>70</sup> Ebd., fol. 478r-482v.

### *Die Alma mater lipsiensis im Dreißigjährigen Krieg*

ausgezahlt zu bekommen.<sup>71</sup> Nach mehreren Verhandlungen zwischen der schwedischen Kommission und den Streitparteien, die sich wiederum über mehr als acht Wochen hinzogen, wurde am 29. August 1643 die monatliche Kontributionszahlung an die Besatzer festgelegt. Danach hatte die Stadt Leipzig pro Monat 3.000 Taler zu zahlen, aufgeteilt zu je 1.000 Taler am ersten, am zehnten und am zwanzigsten eines jeden Monats. Zusätzlich konnten noch weitere Finanz- oder Sachforderungen von den Schweden erhoben werden, wie z. B. die Auslieferung von 600 Scheffel Roggen am 30. August. Die Universität konnte sich letztlich entgegen ihrer Privilegien und Befreiungen durch General Torstensson der Beteiligung an den Anlagen nicht entziehen. In den Akten über die Kontributionen sind mit Einzelpositionen für die Kollegien, Hausbesitzer, Wirtsleute, Ministerien der beiden Kirchen St. Thomas und St. Nikolai und für einzelne Personen Abrechnungen für mehrere Monate enthalten, die einen Einblick über die geleisteten Zahlungen geben. So entrichtete die *Alma mater* für das Jahr 1643 insgesamt 12.188 Reichstaler, zwei Groschen und vier Pfennige. Dabei hatten einzelne Universitätsmitglieder monatlich zwischen wenigen Groschen und 20 Talern zu zahlen. Natürlich führte die über 1650 hinaus andauernde, starke finanzielle Belastung zu zahlreichen Beschwerden der Universitätsmitglieder der *Alma mater* beim Rektor, deren Spannweite über Bitten eines Aufschubes bis zu Verweigerung der Zahlungen reichte, oftmals mit der Begründung, dass dies den Privilegien der Universität widerspreche, sie aufgrund der wirtschaftlichen Not und ausstehender Salarien nicht mehr in der Lage seien, die Summen zu entrichten oder sich zum Studium hier aufhalten würden.<sup>72</sup>

### *Resümee*

Die Krisenzeit des Dreißigjährigen Krieges, in der Leipzig seit 1630 insgesamt fünfmal, davon viermal erfolgreich, belagert wurde, stellte für die Universität Leipzig eine besonders große Herausforderung und starke Belastung dar. Beispielhaft wurden die erste von 1631 durch den kaiserlichen Feind, und die letzte, die schwedische

---

<sup>71</sup> UA Leipzig, Rep. II/XIII 023, fol. 42r-43r.

<sup>72</sup> Ebd., fol. 74r-168v.

Belagerung von 1642, vorgestellt. Die Hohe Schule erlitt dadurch wie die Stadt und das Umland schwere Beschädigungen an ihren Gebäuden und Universitätsdörfern, starke Verluste und finanzielle Einbußen. Zudem musste sie aufgrund ihrer Exemption aus der städtischen Gerichtsbarkeit darauf bedacht sein, ihre korporativen Rechte und Privilegien aufrecht zu erhalten und sowohl gegenüber den anderen Herrschaftsträgern in der Stadt (dem Festungs- und dem Stadtkommandanten, dem Rat und dem Bürgerausschuss) als auch gegenüber den gegnerischen Kriegsparteien zu verteidigen. Diese eigene Verfügungsgewalt bot ihr aber auch die Möglichkeit, in begrenztem Maße auf die Entwicklung der Geschehnisse einzugehen und sie zu ihrem Vorteil zu beeinflussen. Daher lag es in ihrem Interesse, in die Verhandlungen zwischen den städtischen Obrigkeiten und dem Kriegsgegner einbezogen zu werden und als (juristischer) Ratgeber zu fungieren. Dieses Ziel konnte sie zu jeder Zeit erreichen. Sie war jedes Mal maßgeblich an den Entscheidungsfindungen in der Stadt und an den Akkordverhandlungen beteiligt. Natürlich hatte sie dabei die sich oft und schnell verändernde Situation zu beachten und darauf zu reagieren, wie es beispielsweise in den letzten Tagen bei der zweiten schwedischen Belagerung 1642 geschah. Das Professorenkolleg der Hochschule traf nach Beratungen die hierzu notwendigen Anordnungen. Eine entsprechende kurfürstliche Resolution, die der *Alma mater* bei der Entscheidungsfindung hilfreich gewesen wäre oder die nötigen Anweisungen gegeben hätte, stand der Universität dagegen nicht zur Verfügung. Somit stellt diese Zeit auch einen Erfahrungs- und Lernprozess für die Hochschule dar, dessen Erkenntnisse ihr im weiteren Kriegsverlauf zunehmend nützlicher wurden.

In den Beratschlagungen mit den anderen städtischen Obrigkeiten und während der Verhandlungen mit den feindlichen Parteien traten oftmals dieselben Universitätsdeputierten auf. Dies lag einerseits daran, dass sich die Träger bestimmter Hochschulämter, wie der Universitätsnotar, an den Gesprächen zu beteiligen hatten, andererseits verfügte die Hohe Schule nur im begrenztem Maße über dafür geeignete Personen. Das hatte aber auch den Vorteil, dass durch wiederholte Beteiligung die Abgeordneten auf ihre Erfahrungen in den Akkordverhandlungen zurückgreifen konnten.

### *Die Alma mater lipsiensis im Dreißigjährigen Krieg*

Die *Alma mater lipsiensis* erreichte es nicht nur, sich an den Treffen mit den Belagerern zu beteiligen, sondern auch, von ihnen Schutzbriefe für sich, ihre Mitglieder und Untergebenen zu erhalten, in denen ihre Privilegien, Rechte und Gerechtigkeiten bestätigt wurden. Dies war für sie als eigenständige Korporation existentiell notwendig. Auch versuchten weder die kaiserliche noch die schwedische Partei in die Organisation, in das Personal oder in die Lehrinhalte einzugreifen und Veränderungen vorzunehmen. Hierbei darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass die Verfügungsgewalt der Kaiserlichen über die Stadt und somit auch über die Hohe Schule nur von kurzer Dauer war. Dagegen handelte es sich bei den Schweden, die wesentlich länger in der Stadt waren, um Glaubensgenossen, die wohl kein Interesse gehabt haben dürften, in den Ablauf einer lutherischen Universität einzugreifen, solange die Hohe Schule nicht gegen sie als Besatzer handeln würde. Im Gegenteil, sie traten sogar als Vermittler im Streit um die Kontributionszahlungen zwischen der Hochschule, dem Leipziger Magistrat und dem Bürgerausschuss der Stadt auf oder als Unterstützer bei der Eintreibung der Schulden für die Hohe Schule.

Die Beteiligung der Universität an den Kontributionszahlungen war immer ein Streitpunkt. Zwar erreichte sie immer eine *Salvia gurdia*, eine Befreiung von den Abgaben durch die Belagerer, musste sich letztlich aber dennoch an den Zahlungen beteiligen, teils aufgrund kurfürstlicher Anordnung, teils nach Bitten und Flehen seitens des Rates. Inwiefern eine rechtliche Vermischung der Besitzverhältnisse bei den Universitätsangehörigen (Eigentum, das unter städtischer Jurisdiktion stand, wurde natürlich kontributionsmäßig beanschlagt) hierbei eine Rolle spielte, kann nicht endgültig geklärt werden. Ambivalent ist daher der Erfolg der Durchsetzung ihrer Privilegien und Rechte bei den Kontributions- und Strafgeldzahlungen zu werten. Trotz allem gelang es der Universität Leipzig, sich in der Krisenzeit sowohl gegenüber den anderen Herrschaftsträgern der Stadt, als auch gegenüber den Belagerern zu behaupten.